

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

142 (21.6.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 250 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albogen

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Donnerstag, den 21. Juni 1951

Nr. 142

Adenauer verabschiedet sich von Rom Rückfahrt über Assisi und Florenz

Rom (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer besuchte am Mittwoch seinen fünfjährigen Aufenthalt in Rom mit einer Besichtigung der Sixtinischen Kapelle und der schönsten Kirchen Roms. Ferner besuchte er das Forum Romanum, das Pantheon, das Kolosseum und die Katakomben. Er wurde dabei von den Professoren Curlius und Bruhns geführt. Mit Bedauern meinte der Kanzler, er wäre lieber als Tourist und nicht als Staatsmann nach Rom gekommen, und würde gern mehrere Wochen in der „Ewigen Stadt“ verbringen. Vor seiner Abreise wird Adenauer am Donnerstag vormittag den deutschen Soldatenfriedhof bei Pomezia besuchen und dort einen Kranz niederlegen. Auf der Fahrt von Rom nach Florenz ist eine Unterbrechung der Bundeskanzler nach der Überquerung am Gardasee den Brennerpaß überquert und abends Salzburg erreicht. Am Sonntag wird er in Bad Reichenhall auf dem Landesparteitag der CSU sprechen.

Papst Pius XII. empfing 16 deutsche Journalisten, an die er eine kurze Ansprache richtete mit der Mahnung, sie sollten die Wahrheit in der Welt verbreiten und damit einen Beitrag für den Frieden leisten. Der Heilige Vater entbot dem deutschen Volk seine besten Grüße und segnete die Journalisten, ihre Familien und das ganze Deutschland.

Queuille verhandelt mit Rechtsgruppen Der Regierung fehlen 29 Stimmen — Das Endergebnis der Wahl

Paris (UP). Die Überprüfung der Wahl im Département Unter-Elasch hat ergeben, daß der ehemalige französische Oberkommandierende in Deutschland, General Pierre Koenig, doch in die Nationalversammlung gewählt worden ist. In diesem Département hat die Republikanische Volkspartei (MRP) 5 Kandidaten durchgebracht, darunter den Landwirtschaftsminister Pierre Pflimlin, während drei Sitze den Gaullisten zugesprochen wurden. Einen Sitz erhielten die Kommunisten. Nach einer amtlichen Bekanntmachung steht jetzt die Verteilung von 625 der insgesamt 627 Sitze fest. Zwei Abgeordnete aus überseeischen Gebieten müssen in späteren Wahlen ermittelt werden. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Kommunisten 101, Sozialisten 104, Radikalsocialisten 70, den Radikalsocialisten angeschlossene Gruppen 25, Volksrepublikaner (MRP) 86, Unabhängige und Rechtsgruppen 99, Sammlungsbewegung de Gaulle 117, Afrikanische Demokratische Bewegung 3, Unabhängige der überseeischen Gebiete 9, Verschiedene 11 Sitze.

Das Koalitionskabinet der Mittelparteien beschloß auf einer Sitzung, die Führer der gemäßigten Rechten zur Beteiligung an einer neuen Regierung der „mittleren Rechten“ einzuladen. Ministerpräsident Queuille glaubt, bei den nun beginnenden Verhandlungen Erfolg zu haben. Eine solche Regierung könnte bei genügenden Konzessionen an alle Seiten mindestens 350 bis 380 Abgeordnete auf sich vereinigen, indes die jetzigen Koalitionsparteien nur über 285 Mandate verfügen, so daß ihnen zur Mehrheit 29 Stimmen fehlen.

48 SS-Männer freigesprochen

Bordeaux (UP). Ein französisches Militärgericht sprach 48 SS-Männer frei, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Division „Das Reich“ angeklagt waren. Ihnen wurden keine speziellen Straftaten, sondern lediglich ihr freiwilliger Eintritt in eine verbrecherische Organisation zur Last gelegt. Der Vertreter der Anklage hatte in seinem Plädoyer keine bestimmten Strafen, sondern nur eine „gerechte Anwendung des Gesetzes“ verlangt. Gegen 15 der SS-Leute wurde in Abwesenheit verhandelt. 8 französische Anwälte hatten die Verteidigung übernommen. Der Vorsitzende des Gerichts sagte, der Prozeß habe sich so lange verzögert, weil die französische Militärjustiz die Rolle jedes einzelnen der Angeklagten eingehend untersucht habe.

KP-Funktionäre in USA verhaftet Des Hochverrats angeklagt

New York (UP). Das Bundesgericht erhob Anklage gegen 21 führende Mitglieder der KP der USA. Den kommunistischen Funktionären, von denen 17 bereits durch den Bundesfahndungsdienst (F.B.I.) verhaftet worden sind, wird vorgeworfen, eine Verschwörung organisiert zu haben, die auf den gewaltsamen Sturz der amerikanischen Regierung hinarbeitete. Die restlichen 4 Funktionäre werden noch gesucht.

Die Mehrzahl der des Hochverrats Angeklagten sind Mitglieder des neuen „stellvertretenden“ Landespartei-Ausschusses, der nach der Verhaftung des früheren im Jahre 1949 gebildet wurde. Ihnen droht im Höchstfall eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren und eine Geldstrafe von 10 000 Dollars. Wie verlautet, will sich das Justizministerium nicht damit begnügen, nur gegen die hohen Parteifunktionäre vorzugehen, sondern auch gegen die Kommunisten in den Staaten, Bezirken und Ortschaften. Ein Justizbeamter sagte kürzlich vor einem Kongressausschuß, daß die Aufnahme von etwa 12 000 Verfahren erwogen werde.

Ein „Blitzgesetz“ gegen Radikale

Lehr kündigt Entwurf an — Beschleunigung des Bundeshaushalts

Bonn (UP). Bundesinnenminister Dr. Lehr hat dem Kabinett den Entwurf eines Blitzgesetzes gegen verfassungsfeindliche Umtriebe und Vereinigungen angekündigt, das möglichst noch vor den Parlamentsferien verabschiedet werden soll. Durch dieses Gesetz sollen Bund und Länder die Möglichkeit erhalten, gegen Mitglieder links- und rechtsradikaler Organisationen vorzugehen, wenn deren Tätigkeit die verfassungsmäßige Ordnung gefährdet. Lehr betonte vor der CDU-CSU-Fraktion, die Bundesrepublik müsse sich mit allen Mitteln gegen Ruhestörer, Saboteure und Feinde der demokratischen Grundordnung zur Wehr setzen. Die Klage gegen die SRP beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung ihrer Verfassungsfeindlichkeit sei bereits fertiggestellt.

Das Bundeskabinet hat sich mit einer Reihe von Vorlagen zur Regelung der Verhältnisse in der Landwirtschaft beschäftigt. Dabei wurde neben der Verabschiedung eines Gesetzentwurfes über die Errichtung einer Ein- und Ausfuhrstelle für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel mit Sitz in Frankfurt auch ein Plan für besondere Maßnahmen in der Zuckerwirtschaft beraten. Dazu gehört u. a. eine Ergänzung und Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Zucker. Über die Frage des Zuckerspreises wird der Bundesernährungsminister am Donnerstag mit dem Preisrat verhandeln.

Bundestagsitzungen in Berlin

Das Bundesfinanzministerium bemüht sich um eine Verschiebung des Beginns der Sommerferien des Bundestages auf Ende Juli, damit der diesjährige Bundeshaushalt, dem ein großer Nachtragshaushalt folgen soll, so rasch als möglich verabschiedet werden kann. Der Bundestag beschloß gegen die Stimmen der Kommunisten, bei besonderen Anlässen nach Möglichkeit Plenarsitzungen in Berlin abzuhalten. Ferner sollen Ausschüsse des Bundestages bei Erörterungen von Berliner Angelegenheiten und bei Fragen grundsätzlicher gesamtdeutscher Bedeutung in Berlin tagen. Der Abgeordnete Brandt sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Parlament bald seinen endgültigen Sitz in Berlin errichten könne.

Ein Gesetz über die Durchführung der Inanspruchnahme von Einkommens- und Körperschaftsteuer der Länder durch den Bund wurde verabschiedet. Danach können Bundes-

betriebsprüfstellen auch die Ländersteuerabgaben, soweit sie dem Bund zufließen, überwachen. Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund wurde an den zuständigen Ausschuß überwiesen.

Filmquote umstritten

Zu einer Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit einer Filmquote kam es bei der ersten Beratung des Gesetzes zum Schutze der neuen deutschen Filmproduktion. Das von den Regierungsfractionen eingebrachte Gesetz sieht die Vorführungspflicht neuer deutscher Filme an mindestens 21, höchstens 35 Spieltagen in einem Vierteljahr vor. Der Sprecher der SPD betonte, daß durch einen Vorführungszwang die Qualität der deutschen Filme nicht gesteigert werden könne, während ein FDP-Abgeordneter meinte, die Steigerung der Güte der deutschen Filme sei das wirksamste Mittel, die ausländische Konkurrenz zu schlagen. Der Vorsitzende des Bundesfilmausschusses wies darauf hin, daß eine Sanierung des deutschen Films unbedingt notwendig sei. Durch die Spielquote solle nicht nur die Aufhebung der Filme gesichert, sondern auch das Vertrauen zur Kreditvergabe geschaffen werden. Er betonte, daß der Bedarf an Spielfilmen zum großen Teil aus dem Ausland gedeckt würde.

Erhard fährt nach USA

Die bereits für April geplante und dann wiederholte verschobene Reise des Bundeswirtschaftsministers nach den USA soll nunmehr in den letzten Tagen des Juni erfolgen. Erhard wird dabei vom Rohstoffberater der Bundesregierung, Generaldirektor Friedrich, dem Leiter der Planungsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, Dr. Günter Keiser und dem Leiter der Abteilung Chemie, Dr. Prentzel, begleitet. Außer Rohstofffragen sollen insbesondere Fragen amerikanischer Investitionen in Westdeutschland, verstärkter Rohstofflieferungen und Fragen des Markenschutzes in Washington besprochen werden. Der neuernannte deutsche Gesandte in Stockholm, Dr. Kurt Sieveking, wurde von König Gustaf Adolf empfangen, dem er sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Auch der deutsche Botschafter in Brüssel, Anton Pfeifer, hat sein Beglaubigungsschreiben dem belgischen Außenminister Paul van Zeeland übergeben.

Bonn will Auslieferung Kemritz fordern

Haltung der US-Behörden „unerträglich“ — Dehler: „Man wird schamrot“

Bonn (UP). Bundestag und Bundesregierung verurteilen im Verlauf der mit Spannung erwarteten Debatte über den „Fall Kemritz“ einmütig die Haltung der amerikanischen Besatzungsbehörden und deren Versuch, den Homburger Rechtsanwalt zu decken.

Bundesjustizminister Dr. Dehler und Sprecher aller nichtkommunistischen Fraktionen setzten sich mit Nachdruck für die Beachtung der Menschenrechte ein. In einer Entschließung will der Bundestag am Donnerstag eindeutig seinen Standpunkt darlegen. Ihr Wortlaut wird vom Rechtsausschuß auf Grund der vorliegenden Anträge und Interpellationen ausgearbeitet.

Der Bundesjustizminister teilte mit, daß sich Kemritz nach Angaben amerikanischer Beamter nicht mehr auf deutschem Boden befindet oder im Begriffe sei, ihn zu verlassen. Die Bundesregierung erklärte sich mit dem heftigen Protest der Bundestagsfraktionen gegen die Haltung der amerikanischen Behörden im Fall Kemritz solidarisch. Dehler kündigte an, daß die Regierung möglicherweise einen Auslieferungsantrag bei den amerikanischen Behörden stellen werde.

Die Bundesregierung wird in aller Form gegen die Verlautbarung des Rechtsamtes der amerikanischen Hochkommission Verwahrung einlegen. Die US-Behörden hätten in dieser Mitteilung — die von den Sprechern der Fraktionen als „unerträglich“ und „unverständlich“ bezeichnet wurde — das amerikanische Einschreiten im Fall Kemritz begründet. Dehler kündigte ferner Vorstellungen bei McCloy an, um die amerikanischen Verbote zur Aufnahme deutscher Straf- und Ehrengerichtsverfahren gegen Kemritz rückgängig zu machen.

Aus der Berichterstattung des Justizministers erfuh man, daß Kemritz sich als Rechtsanwalt in Berlin der Beihilfe zur Auslieferung von mindestens 17 Deutschen an die Sowjets schuldig gemacht hat. Nur sechs von ihnen sind nach langer Haft zurückgekehrt. Drei von den 17 waren Frauen; vier der Verschleppten haben mit Sicherheit den Tod gefunden, von den übrigen fehlt jede Spur. Die Bundesregierung habe für die Haltung der amerikanischen Hochkommission im Fall Kemritz kein Verständnis, meinte Dehler. Kemritz habe im Auftrage der Sowjets eine Menschenfalle für Deutsche betrieben; die Behauptung des amerikanischen Rechtsamtes, er habe einen Beitrag zur Sicherheit des Westens geleistet, wirke daher so grotesk, daß „man schamrot wird, wenn man die Begründung liest“.

Ein vor der Berliner Oberstaatsanwaltschaft

anhangiges Verfahren gegen Kemritz werde weiter durchgeführt. Für dieses Verfahren, zu dem Voruntersuchungen begonnen haben, liegt kein amerikanisches Verhandlungsverbot vor.

Als Sprecher der SPD verwahrte sich Dr. Arndt dagegen, daß Menschenrechte und Menschenwürde von einer „Staatsraison“ abhängig sein sollen. Wenn das Verhalten von Kemritz als legal bezeichnet werde, dann „hat der Nürnberger Prozeß nicht stattgefunden oder es gibt nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Deutschen aber nicht an Deutschen“.

Alle Redner waren sich darin einig, daß man nicht mit zweierlei Recht messen könne und Verbrechen nicht dann straffrei ausgeben könnten, wenn sie im Auftrage einer Besatzungsmacht ausgeführt werden. Für die Koalitionsparteien legte Dr. Weber (CDU) ein Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit vor, durch das Menschenraub und Verschleppung mit Zuchthaus bestraft werden soll.

Gerichtsbeschränkungen müssen fallen

Wiesbaden (UP). Ministerpräsident und Justizminister Zinn kündigte vor dem hessischen Landtag an, die Bundesregierung werde bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Umstellung des Besatzungsstatuts fordern, daß sämtliche beschränkenden Beschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit entfallen. „Es geht nicht mehr um Dr. Kemritz, sondern darum, ob der Menschenraub des Doppelagenten Dr. Kemritz als rechtmäßig und legal gelten soll, nur weil der Beschuldigte durch ausländische Geheimdienste abgedeckt wird“, sagte der hessische Ministerpräsident. Die westdeutschen Justizbehörden und Regierungsstellen seien überzeugt, daß die Besatzungsbehörden kein Recht hätten, den Fall Kemritz der deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Sie hofften, daß die amerikanische Hochkommission den Entscheid des amerikanischen Oberstaatsanwalts von Berlin revidieren werde. Erstaunlicherweise erklärte trotzdem ein amerikanischer Sprecher in Frankfurt, der Fall Kemritz sei für das Amt des US-Hochkommissars als erledigt anzusehen; irgendwelche weiteren Schritte von dieser Seite seien nicht zu erwarten.

Amerikaner wollten die Kemritz-Akten

Berlin (UP). Der Senator für Rechtswesen im Berliner Senat Dr. Kielinger hat einem Beamten der amerikanischen Hochkommission in Berlin die Herausgabe der Zivilprozeßakten verweigert. Dr. Kielinger betont, die

Durchführung des Verfahrens gegen Kemritz müsse gewährleistet werden. Das Verfahren soll „trotz aller Widerstände“ fortgeführt werden.

Lohn- und Preisspiralen

Von Dr. Hans Otto Wesemann

Seit einigen Monaten geistert eine Statistik durch die Spalten der Presse, die, wenn sie stimmt, das höchste soziale Unbehagen bei allen gutwilligen Leuten hervorrufen müßte. Der Eindruck, den diese Statistik hinterlassen soll, besteht darin, daß rund 64 Prozent aller Einkommensbezieher ein monatliches Einkommen von weniger als 250 DM beziehen; das wären 14,4 Millionen Menschen. Diese Zahl hat man als Argument für weitere Lohnforderungen unermüdlich ins Feld geführt, und zweifellos hat sie ihre Wirkung getan.

Wenn man aber genauer hinsieht, merkt man bald, daß sich hier wieder eine der so zeitgemäßen Begriffsverwirrungen präsentiert. Kann wirklich die Lage dieser 14,4 Millionen durch Lohnaufbesserungen erleichtert werden, wie Verbreiter der Statistik uns glauben machen wollen? Auf diese Frage läßt sich folgendes sagen: Es wird von keiner Seite bestritten, daß die Welle von Lohnerrhöhungen, die wir seit gut einem Jahr erleben, zu dem Auftrieb der Preise mit beigetragen hat. Auch wenn es die Korea-Krise nicht gegeben hätte, so hätte sich allein aus den Lohnerrhöhungen doch eine gewisse Erhöhung des Preisniveaus ergeben müssen. Das hätte denen gleichgültig sein können, deren Kaufkraft durch Lohnsteigerung vermehrt worden war; das hätte aber alle jene benachteiligt, die nicht an Lohnerrhöhungen teilgenommen hätten.

Das heißt mit anderen Worten, daß jede Lohnerrhöhung die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, die Lage der Rentner und Unterstützungsempfänger jeder Art zu verschlechtern. Auch die freien Berufe und ein großer Teil der Gewerbetreibenden sind nicht instande, ihr Einkommen entsprechend zu verbessern. Daraus ergibt sich, daß durch Lohnerrhöhungen nur diejenigen von den 14,4 Millionen besser gestellt werden, die Lohnempfänger sind. Diejenigen dagegen, die auf Unterstutzungen und Renten angewiesen sind, werden schlechter fahren, weil es bei ihnen keinen Ausgleich für die durch höhere Löhne erhöhten Preise gibt.

Diese Gruppe der Unterstützungsempfänger aber ist mit rund 8 Millionen die stärkste Gruppe unter den 14,4 Millionen. Ihr Interesse besteht darin, daß nichts geschieht, was einen Auftrieb der Preise bewirken oder begünstigen könnte. Ginge es also nach dem zahlenmäßigen Gewicht, so könnte mit dem Hinweis auf die 14,4 Millionen nur die Forderung begründet werden, daß die Preise und damit die Gesteuerungskosten in der Wirtschaft ermäßigt werden. Die Löhne bilden bekanntlich einen nicht unwichtigen Teil der Gesteuerungskosten und damit ergäbe sich die Lehre aus dieser Überlegung von selbst.

Nun, das ist Theorie oder Vergangenheit, wie man will. Die Entwicklung hat eine andere Richtung eingeschlagen. Preise und Löhne sind gestiegen; infolgedessen hat man sich zu einer Erhöhung der Beamtengehälter und der Sozialrenten entschließen müssen, und die Rechnung wird uns in beträchtlichen Steuererrhöhungen präsentiert, die ihrerseits wieder die Preise steigen lassen und damit die Lohnerrhöhungen wegessen werden. Am Ende werden wir sehen, daß wir einen beträchtlichen Aufwand an lohnerrhöhungen, an sozialem Spannungen und gesetzgeberischen Bemühungen hinter uns gebracht haben, um schließlich da zu stehen, wo wir angefangen haben. Die Kaufkraft wird ungefähr die gleiche sein; nur die Zahlen, in denen man sie mißt, werden höher sein.

Diese Zusammenhänge sollte man bedenken, wenn auch in Zukunft nach dem üblichen Schema verfahren wird. Die Ansätze dazu zeigen sich in dem Entschluß, die Löhne der Bergarbeiter zu erhöhen. Die Kohle ist eines der lohnempfindlichen Produkte, deshalb ist eine Preiserhöhung unvermeidlich, die auch dann spürbar sein wird, wenn man sie auf einen kleinen Teil der Förderung beschränkt. Die Stahlpreise werden folgen müssen, und die höheren Steuern werden neben der Verteuerung der wichtigsten Rohstoffe dafür sorgen, daß auch diese Lohnbilanz keine echten Gewinne ausweist. Nur die Verluste sind klar; die werden jene 8 Millionen treffen, in deren angeblichem Interesse solche und andere Lohnerrhöhungen erzwungen werden.

In einer Demokratie muß der Staatsbürger wissen, was vor sich geht. Er muß unterscheiden können zwischen echter, unechter und getarnter Interessenpolitik. Das Verlangen nach Lohnerrhöhungen ist ohne Zweifel echt; es darf aber nicht mit Interessen getarnt werden, die genau gegenläufig gerichtet sind. Ein wirtschaftspolitisches Interesse wird keineswegs schon dadurch recht und legitim, daß man die Macht hat, es zu vertreten.

Unmenschliche Behandlung in Ostzonen-KZs Augenzeugen berichten — Viele Jugendliche unter den Häftlingen

Bonn (UP). Über die Zustände in den Strafanstalten der Sowjetzone berichteten vor der Presse auf Einladung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen zwei Jugendliche, die selbst im Konzentrationslager Sachsenhausen und später in dem Strafanstalten Torgau und Bautzen inhaftiert waren. Sie wurden 1945/46 zusammen mit Hunderten von Leidensgefährten wegen angeblicher Verweigerung und Propaganda gegen die Sowjetarmee verhaftet und zum Tode bzw. zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und nach späterer Begnadigung im April 1951 auf Grund einer allgemeinen Amnestie entlassen.

Im KZ Sachsenhausen sollen von 1945 bis zur Auflösung des Lagers im Januar 1950 etwa 27.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Die KZ-Inassen, unter ihnen viele Jugendliche, seien in dem kalten Winter in ungeheizten Baracken ohne Strohsacke bei völlig unzureichender Verpflegung untergebracht gewesen. Die Kranken habe man zwar von den Gesunden abgesondert, aber den ganzen Winter ohne ärztliche Hilfe gelassen. Auch die später gewährte Hilfe habe die Zahl der täglichen Todesfälle nur auf durchschnittlich 10 bis 15 senken können, während sie im Winter 1946/47 noch 20 bis 30 betrug.

Die Behandlung im Zuchthaus Bautzen und der Strafanstalt Torgau, wohin die Jugendlichen nach der Auflösung des KZ Sachsenhausen gebracht wurden, sei nicht menschenwürdiger gewesen. Bei schlechter Unterbringung und Verpflegung und ungenügender ärztlicher Betreuung hätten in der Strafanstalt Torgau allein von Anfang 1950 bis Anfang des Jahres 1951 200 Häftlinge ihr Leben gelassen.

Seit Juni 1950 dürften die Häftlinge Post empfangen, und zwar einen Brief und ein 3-kg-Paket im Monat. Daraus würden in der Regel die dringend benötigten Medikamente, ferner Geschenke wie Traubenzucker, Kaffee und Ähnliches, herausgenommen.

Intellektuelle und ehemalige Offiziere seien in Sonderabteilungen der Lager in Einzelzellen untergebracht und würden dort systematisch zugrunde gerichtet. Die aus den Sonderabteilungen in die Reviere eingelieferten Kranken sterben, nach Darstellung der jugendlichen Berichterstatter, in den meisten Fällen schon nach kurzer Zeit. Ein 1,94 m großer Häftling soll bei Einlieferung ins Revier, wo er zwei Tage später verschied, noch 33 kg gewogen haben. Der Sanitätshauptfeldwebel der VoPo in Torgau, Anton Rudolf, habe zu diesen Vorfällen gesagt: „Ich bestimme hier wieviel Sätze gebaut werden.“

Preisausschreiben für die Jugend

Aufgabe: Aufsatz über Schuman-Plan

Bonn (UP). Die „Gesellschaft Freies Europa“ ruft die deutschen Jugendlichen im Alter von 13 bis 21 Jahren auf, in 300 Worten zu schildern, was sie über den Schumanplan denken. Die tausend besten Aufsätze werden prämiert. Die ersten drei Preise sind ein Motorrad oder Motorroller, ein Padelboot und ein wertvolles Radiogerät. Weiter sind 14-tägige Ferienaufenthalte in einem der Schumanplan-Länder, Fahrräder, Fotoapparate, Musikinstrumente und andere Preise zu gewinnen. Die Aufsätze müssen bis zum 1. September 1951 an die „Gesellschaft Freies Europa“, Bonn, Postfach geschickt werden. Die Gesellschaft will auf diese Weise die deutsche Jugend zum Nachdenken über aktuelle politische Fragen der Zeitgeschichte anregen.

Schwerer Schlag für Schwarzhändler

Frankfurt (UP). Die Angehörigen der US-Besatzungsmacht sind in den frühen Morgenstunden des Mittwoch davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die seit 1948 gültigen Zahlungsmittel, Scrip-Dollar genannt, am Mittwoch mittig um 13 Uhr ihre Gültigkeit verlieren und bis zu diesem Zeitpunkt umgetauscht werden müssen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Europa und Nordafrika etwa 50 Millionen Besatzungsdollars im Umlauf, darunter sehr wahrscheinlich auch eine gewisse Menge Falschgeld.

Auf die Frankfurter „schwarze Börse“ wirkte die Umtauschaktion wie eine Bombe. Während noch am Vortage der Scrip-Dollar zum Kurs von 5,50 DM gehandelt wurde — der offizielle Kurs liegt bei etwa 4,25 DM — versuchten die Spekulanten bis zu den Mittagstunden ihre Dollarbeträge zum Teil im Kursverhältnis 1,50 bis 2,50 DM zu veräußern oder aber bei Besatzungsangehörigen gegen eine Beteiligung am Neuwert von 40 bis 65 Prozent einzulösen.

Dr. Herbert Eviatt, der ehemalige australische Außenminister, wurde von der Labour-Fraktion zum Führer der Opposition gewählt.

Generalmajor Poole, der bisherige Leiter der südafrikanischen Militärmission in Berlin, ist zum Gesandten in Italien, Griechenland und Ägypten ernannt worden.

Königin Juliana der Niederlande traf in Begleitung von Prinz Bernhard zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Luxemburg ein.

Der chilenische Außenminister Walker kündigte seinen Rücktritt an; die Ursache sind Differenzen innerhalb der konservativen Partei, zu deren Vorstand er gehört.

Der französische Sozialist André Philip erteilte im Bayerischen Rundfunk, ein Erfolg der Viermächte-Konferenz müsse unter allen Umständen gesichert werden, weil sich dann eine Wiederaufnahme Deutschlands erübrige.

Averell Harriman, der außerpolitische Berater Trumans, ist in Paris eingetroffen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa und die Fortschritte der Wiederaufrüstung zu prüfen.

General Ramcke hat sich bereit erklärt, den Posten eines Aufbaukommissars für Helgoland zu übernehmen. Ramcke wird voraussichtlich am 24. Juli aus französischer Gefängnishaft entlassen.

Der neuernannte Chef der Atlantikpakt-Streitkräfte in Südeuropa, US-Admiral Corney, hatte in Rom Besprechungen mit Graf Sorza und Verteidigungsminister Pacciardi.

Die schweren Folgen von Jalta

Heftiger Angriff gegen US-Regierung — Zu nachgiebig gegenüber Stalin

Washington (UP). Patrick Hurley, ehemaliger US-Botschafter in China und Kriegsminister, erklärte vor den Senatsausschüssen für Außenpolitik und Militärwesen, durch das Abkommen von Jalta hätten die USA die Sowjetunion „von der Leine gelassen“ und ihr erlaubt, „zur kommunistischen Eroberungspolitik“ zurückzukehren. Dabei sei in der Atlantik-Charta, der sich auch die Sowjetunion angeschlossen habe, festgestellt worden, daß keiner der Alliierten nach territorialen Vergrößerungen strebe.

Acheson habe eine „absurde“ Behauptung aufgestellt, als er sagte, die chinesische Nationalregierung habe seinerzeit das Abkommen von Jalta begrüßt. „Ich war damals in China und weiß, daß es nicht so war“, sagte Hurley. Die „pro-kommunistischen Berufsdiplomaten“ hätten dem sowjetischen Imperialismus absichtlich Vorschub geleistet.

„In Jalta opfereten die US-Diplomaten die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit Chinas, sie opfereten die Prinzipien der Atlantik-Charta und entwarfen in einem geheimen Übereinkommen den Plan für die kommunistische Eroberung Chinas.“ Die USA seien in Jalta jedoch in der Lage gewesen, „die einzige Sprache zu sprechen, die die Kommunisten verstehen: die Sprache der Macht.“ „Ein einziger Satz hätte Stalin zeigen können, daß Amerika von ihm verlange, seine feierlichen Verpflichtungen hochzuhalten. Dieser Satz hätte die Eroberung der Balkanstaaten, von Polen und von China verhindern können. Dieser Satz würde jedoch nie ausgesprochen. Im Gegenteil, unsere Diplomaten opfereten im Geheimen sämtliche Prinzipien, für die wir kämpfen wir vorgaben. Meine Herren, sie behaupten, Stalin habe seine Verpflichtungen gebrochen; das hatte er nie nötig. Feige opfereten wir ihm alles, wozu er, sich verpflichtet hatte, und wir taten es im Geheimen.“

In einer Rundfunkrede sagte Hurley, einer gewissen Clique in unserem Außenministerium traue er nicht. Es gebe darin einen pro-kommunistischen Kreis.

USA über Lage in Iran sehr besorgt Schlechtere Beziehungen mit Prag — Verständnis für die Deutschen

Washington (ZSH). Außenminister Acheson bezeichnete auf seiner Pressekonferenz

den britisch-iranischen Ölstreit als „kritisch“. Die USA seien wegen des Zusammenbruchs der Verhandlungen ernstlich besorgt. Sie hofften jedoch, daß die Besprechungen in freundschaftlicher Atmosphäre wieder aufgenommen würden.

Der Außenminister wies auf die Verschlechterung der Beziehungen zur Tschechoslowakei hin, die auf die amerikanischen Vorstellungen, die beiden notgelandeten Flieger freizulassen und die Dönsenjäger herauszugeben, nicht einmal eine offizielle Antwort erteilt, sondern nur angedeutet habe, daß dem Ersuchen nicht stattgegeben werden könne, da eine Untersuchung im Gange sei. Auch habe die US-Regierung bisher vergeblich versucht, die Freilassung des Korrespondenten der Associated Press in Prag zu erwirken, der vor etwa zwei Monaten verhaftet wurde. Die Tschechoslowakei habe nur mitgeteilt, daß er bald unter der Anklage der Spionage vor Gericht gestellt werde. In einer Note sei der tschechoslowakische Protest gegen den Sender „Freies Europa“ zurückgewiesen worden.

Verteidigungsminister Marshall forderte den Kongreß auf, 6 561 262 387 Dollar für den Bau militärischer Anlagen in den USA und in den amerikanisch besetzten Gebieten in Übersee zu bewilligen.

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Richards, der vor kurzem mit anderen US-Abgeordneten Westeuropa besucht hatte, betonte, daß die Einbeziehung Deutschlands in die nordatlantische Organisation für die volle wirtschaftliche Wiedergesundung Europas für seine Verteidigung unerlässlich sei. Er zeigte volles Verständnis für die Abneigung der Deutschen, ihr Land erneut zum Schlachtfeld werden zu lassen, es sei denn, daß ihre zukünftigen Partner den Beweis erbrachten, mit ihnen durch dick und dünn zu gehen. Der Abgeordnete Mansfield betonte, daß Westdeutschland bereits einen bedeutenden Beitrag für die Verteidigung des Westens leistet. Die Bundesrepublik sei der wichtigste Faktor in der ganzen Situation.

Sonderbriefmarken mit dem Kopf Mao Tse Tung und Darstellungen der chinesischen Bodenreform wird die Post der Ostzone und des Sowjetsektors ab 27. Juni verkaufen. Anlaß ist der „Monat der deutsch-chinesischen Freundschaft“.

Iran übernimmt die Oelanlagen

Morrison droht mit Waffengewalt

London (UP). Außenminister Morrison gab im Unterhaus den Zusammenbruch der Ölverhandlungen mit dem Iran bekannt. Vorher hatte die Teheraner Regierung die sofortige Übernahme aller Anlagen der Anglo-Iranian Oil Company angeordnet.

Morrison erklärte, Großbritannien werde mit Waffengewalt einschreiten, wenn die iranischen Behörden die Ruhe und Ordnung im Ölgebiet nicht aufrechterhalten könnten und eine Gefahr für die dort anwesenden britischen Staatsangehörigen entstehe. Er machte jedoch keine Andeutungen darüber, welche Maßnahmen Großbritannien jetzt zu treffen gedenkt. Er gab lediglich bekannt, daß die britische Regierung ihrem Appell an den Internationalen Gerichtshof in den Haag einen zweiten folgen lassen werde.

Als die Abgeordneten begannen, Fragen an die Regierung zu stellen, nahm die Sitzung zeitweise sehr turbulente Formen an. Unter lauten Mißfallensbezeugungen der Opposition verweigerte Morrison weiterhin jegliche Auskünfte über die Absichten der Regierung. „Sie mögen sich zu diesen äußeren Zeichen der Erregung hinreißen lassen, wenn es ihnen beliebt“, sagte er, „aber ich rede hier mit der vollen Verantwortlichkeit eines Außenministers und ich trage die sehr schwere Verantwortung für Leben und Sicherheit britischer Menschen in allen Teilen der Welt.“

Die neue Entwicklung im Ölkonflikt wurde vom britischen Kabinett in einer Sondersitzung erörtert, an der auch der Chef des Empire-Generalstabs, Sir William Slim, teilnahm.

Von informierter Seite verlautete, Großbritannien sei entschlossen, seine ganze Tankerflotte aus dem Persischen Golf zurückzuziehen, wenn Iran auf seinem unangenehmen Standpunkt beharre. Dadurch könnte die Ausfuhr aus dem Ölgebiet blockiert werden. Ferner sollen genaue Pläne für die Evakuierung des britischen Personals aus dem Iran vorliegen.

Ein maßgeblicher Vertreter der US-Erdölindustrie erklärte bereits, daß die USA keine Tanker nach dem Iran schicken würden, falls

die Anglo-iranische Ölgesellschaft ihre Schiffe abziehen sollte. Auch Frankreich stellt sich vorbehaltlos auf die Seite Großbritanniens. Paris will ohne vorherige Konsultation der britischen Regierung kein Erdöl von dem Iran kaufen und französischen Technikern abtreten, sich als Sachverständige zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen ist im Hinblick auf die angespannte Situation in Iran bereits eine „Art Alarmbereitschaft“ für alle militärischen Verbände in der Suezkanal-Zone angeordnet worden.

Teheran macht ernst

Abadan (UP). Hussein Makki, der Vorsitzende der iranischen Erdölkommission, kündigte an, daß die Ölleitungen abgestellt würden.

Die Anglo-iranische Ölgesellschaft ihre Schiffe abziehen sollte. Auch Frankreich stellt sich vorbehaltlos auf die Seite Großbritanniens. Paris will ohne vorherige Konsultation der britischen Regierung kein Erdöl von dem Iran kaufen und französischen Technikern abtreten, sich als Sachverständige zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen ist im Hinblick auf die angespannte Situation in Iran bereits eine „Art Alarmbereitschaft“ für alle militärischen Verbände in der Suezkanal-Zone angeordnet worden.

Satellitenpakete gegen Atlantikpakt

Moskaus Antwort an die Westmächte

Paris (UP). Die Sowjetunion ließ den Westmächten in Paris durch Gromyko eine Note zukommen, in der sie zwar auf der Erörterung des Atlantikpaktes und der amerikanischen Stützpunkte in Europa auf der geplanten Außenminister-Konferenz beharrte, sich aber ihrerseits bereit erklärte, ihre Bestandspakete mit China und den osteuropäischen Staaten zur Diskussion zu stellen.

Moskau beantwortete damit die Note der Westmächte vom 15. Juni, in der diese eine Außenminister-Konferenz auf der Grundlage der unvollständigen Pariser Tagungsordnung vorschlugen und kategorisch eine Erörterung des Atlantikpaktes durch die Außenminister ablehnten. In der neuen Sowjetnote heißt es: „Wie bekannt ist, hat die sowjetische Regierung gegenseitige Bestandspakete mit China, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Finnland und schließlich auch

mit Frankreich und Großbritannien abgeschlossen. Die sowjetische Regierung hat nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Verträge auf einer Außenminister-Konferenz zur Diskussion gestellt werden, falls die Mächte es wünschen sollten. Daher kann die sowjetische Regierung es nicht verstehen, warum die drei Westmächte sich weigern, den gleichen Weg einzuschlagen und es nicht wünschen, die Fragen des Atlantikpaktes und der amerikanischen Militärstützpunkte in die Tagesordnung aufzunehmen.“

Die sowjetische Regierung erklärte ferner, sie halte es für ratsam, die Pariser Beratungen der Außenminister-Stellvertreter fortzusetzen, bis eine Einigung über die Tagesordnung der Außenminister-Konferenz erzielt worden sei.

Der britische Delegierte Ernest Davies sagte, er könne die neue sowjetische Note nicht als Antwort ansehen. In ihr werde nur das wiederholt, was die Sowjetunion schon mehrfach gefordert habe. Die Vertreter der Westmächte werden aber erst in der nächsten Sitzung ausführlich zur neuen Sowjetnote Stellung nehmen.

DBG lehnt Ost-West-Gespräch ab

Düsseldorf (UP). „Solange es in der Ostzone Deutschlands keine wirklich freien und unabhängigen Gewerkschaften gibt und solange sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den staatlichen Stellen der Ostzone befindet, sind die notwendigen Voraussetzungen zu Beratungen über gemeinsame Aktionen nicht gegeben.“ Mit dieser Feststellung lehnte der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf ein Angebot des ostzonalen FDGB ab, gemeinsam über die Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands und die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zwischen West- und Ostdeutschland zu beraten.

Der zweite Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften findet vom 4. bis 12. Juli in Mailand statt. Der DGB wird auf ihr durch zwölf Delegierte vertreten sein. Eine zehnköpfige Radfahrerkolonne des DGB wird am Donnerstag Diseldorf verlassen, um eine Glückwunschkolonne der deutschen Gewerkschaften nach Mailand zu bringen.

Heftiger Luftkampf über Nordkorea

Ausnahmestand im Süden

Tokio (UP). An den koreanischen Fronten kam es, abgesehen von örtlichen Gefechten, zu keinen größeren Kampfhandlungen. Es war der ruhigste Tag seit drei Wochen.

Dafür wird der Krieg in der Luft neuerdings heftiger geführt. Südlich der mandschurischen Grenze kam es zu einem heftigen Kampf zwischen amerikanischen und gegnerischen Flugzeugen neuer und alter Typen. Von kommunistischer Seite wurden Jagdmaschinen mit Propellerantrieb vom Typ Yak 9 und I-1, sowie Jagdbomber und Düsenjäger in den Kampf geworfen. Die Amerikaner hatten Düsenjäger vom Typ Sabre und Propellerflugzeuge vom Typ Mustang eingesetzt. Die Kommunisten erlitten auch am vierten Tag ihres Versuchs, die Luftherrschaft über Nordkorea zu erlangen, wieder Verluste.

Im ganzen Gebiet der Koreanischen Republik (Südkorea) wurde der Ausnahmestand verkündet, da die Regierung fürchtet, daß am Jahrestag des Kriegsabbruchs, dem 25. Juni, kommunistische Unruhen ausbrechen könnten.

Die Regierung hat den 25. Juni zum „Nationalfeiertag des Widerstands gegen den Kommunismus“ erklärt und will ihn feierlich mit Truppenparaden und Kundgebungen begehen.

Pollische Amnestie für 67 000 Japaner

Die japanische Regierung veröffentlichte eine Liste mit den Namen von etwa 67 000 Personen, die nach dem Krieg von dem politischen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen worden waren und jetzt wieder ihre volle staatsbürgerliche Freiheit erhalten. Unter ihnen befinden sich etwa 3000 Personen, die eine führende Rolle im japanischen Wirtschaftsleben und in der japanischen Presse inne hatten. Jedoch sind nur wenige unter ihnen, die höchste Ämter im oder vor dem Kriege bekleideten.

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um die erste allgemeine Amnestie, die für die insgesamt 296 000 Japaner, die nach dem Kriege durch die politische „Reinigung“ ausgeschlossen wurden, gewährt wurde.

den, falls die Anglo-iranische Gesellschaft den Forderungen des Staates nicht nachkomme. Es hätten sich eine Reihe deutscher und schweizerischer Techniker um Stellen beworben, so daß keinerlei Schwierigkeiten entstehen würden, wenn die britischen Techniker und Ingenieure abreisen sollten. Italienische und panamensische Reedereien seien bereit, das iranische Öl anzukaufen und zu verkaufen.

Die Bekanntgabe von der Verstaatlichung der Erdölanlagen haben in dem Gebiet von Abadan große Kundgebungen ausgelöst. Tausende von Demonstranten drangen durch die Umzäunung des Hauptbüros der Gesellschaft. Truppen versuchten mit Bajonetten die Demonstranten abzurücken. Einigen gelang es jedoch, auf das Dach des Bürohauses zu klettern und die iranische Flagge zu hissen. Hussein Makki wurde von Arbeitern auf den Schultern durch die Eingangstür getragen. Von einem Balkon aus rief er den Massen zu: „Wir sind bereit, uns zu opfern, wenn es darum geht, die Ketten der ausländischen Ausbeutung zu zerreißen!“

Mindszents Richter wieder in Aktion

Budapester Schauprozeß beginnt in Kürze

Budapest (UP). Zu dem bereits angekündigten, in Kürze beginnenden Prozeß in Budapest gegen den Nachfolger Kardinal Mindszents, Erzbischof Groesz, und 8 weitere Personen, die allesamt der Verschwörung gegen den ungarischen Staat und der Spionage für „imperialistische Gesandtschaften“ angeklagt sind, werden folgende Einzelheiten bekannt. Die Namen der Beschuldigten lauten: Dr. Groesz, Erzbischof von Kalocsa; Dr. Pongracz, ehemaliger Angestellter der US-Gesandtschaft; Dr. Boszik, ehemaliger Parlamentsabgeordneter; Dr. Farkas, ein katholischer Priester; Dr. Hevy, Rechtsanwalt und „Anwalt des Heiligen Stuhles“; Endredy, ehemaliger Ministerialbeamter; Kovacs, Zisterzienserabt von Zircz; Cellar, Oberer des Paulistenordens; Vezer, Paulisten-Prior.

Pongracz ist angeklagt, Informator des „faschistischen Geheimdienstes“ gewesen zu sein. Er habe die Verbindung zu Erzbischof Groesz aufrechterhalten. Boszik wird als politischer Berater von Kardinal Mindszenty bezeichnet, der mit Hilfe von Pongracz Kardinal Spellman, Unterstaatssekretär Montini und Erzbischof Otto Geheimnachrichten über die Verschwörung übermittelt habe. Dem Paulisten-Prior Vezer wird vorgeworfen, einen sowjetischen Soldaten erschossen zu haben, während Pater Sceller Waffen versteckt haben soll. Vorsitzender des Volksgerichts und Staatsanwalt sind dieselben, die Kardinal Mindszenty verurteilten bzw. die Anklage gegen ihn vertraten.

Einladungen für Helsinki abgesandt

Helsinki (UP). Der Präsident des finnischen Vorbereitenden Ausschusses für die Olympischen Spiele 1952 in Helsinki, Eric von Frenckell, versandte die Einladungen an alle 75 Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees. In der feierlichen Zeremonie, die der Unterzeichnung vorausging, betonte Frenckell, daß sich Finnland über die Teilnahme der Sowjetunion, Deutschlands und Japans besonders freue.

Wegen Spionageversuchs für den sowjetischen Geheimdienst wurde der 26jährige Heinrich Reichard aus Weimar durch das US-Berichtungsgericht Kassel zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Im britischen Militärhospital in Berlin-Spandau brach ein Feuer aus, das in kurzer Zeit etwa 2000 qm Dachfläche sowie die leeren Mansarden- und Büroräume des oberen Stockwerks zerstörte.

Aus der Stadt Ettlingen

Ein Selbstmörder

In der Sonnenecke meines Gartens wölbt sich ein kleiner Hügel, der mit Aubrietien, Saxifraga, Berglauch und Sedum bepflanzt ist. Er führt daher den stolzen Titel eines Steingartens.

Zu einem richtigen Steingarten gehören natürlich Raritäten. Und so kam ich auf den nicht alltäglichen Gedanken, in diesen mit Ammoniten umgürteten Hügel einige Kakteen zu setzen. Dies sah ohne Zweifel recht dekorativ aus, und ich bildete mir darum auch allerlei ein, als die Nachbarn meine Erfindung nach Gebühr bewunderten.

Bis ich eines Tages durch den Garten wanderte und an meinem Lieblingsplätzchen eine Leiche fand. Ein Frosch, ein netter, grüner Frosch hatte den letzten Luftsprung seines Daseins mit seinem Leben bezahlt. Tot hing er in den grausamen Stacheln eines Kaktus.

Was blieb mir übrig, als den armen Kerl zu rätseln, der auf so abgefeimel heimatliche Weise von einem Kaktus ermordet worden war? Mitsamt dem Verbrecher begab ich den unfreiwilligen Selbstmörder unter einer Taxushecke und schwor, diese warnenden Zeilen zu schreiben, damit nie mehr ein hübsches Fröschlein an einem jämmerlichen Kaktus sterben müsse.

Das Theater-Ereignis der Sibylla-Tage

Für das Schauspiel „Augusta Sibylla“ von Josef Paul Kuhn fand gestern wieder eine Probe statt, zu der mit Regisseur Steiner auch der langjährige Dramaturg des Badischen Staatstheaters Felix Baumbach erschien. Für die Schauspielergemeinschaft, in der Berufsschauspieler mit Laienspielern vereint sind, war es eine Freude, von dem Altmeister des Karlsruher Regiekunst Anregungen zu erhalten. Das Schauspiel, das zu den Sibyllatagen erstmals am 14. Juli aufgeführt wird, soll voraussichtlich auch auf auswärtigen Bühnen gespielt werden. Einen Vorbericht über dieses Stück, das die Entstehung des Ettlinger Asamgemäldes wieder lebendig werden läßt, brachte die EZ am 5. Juni.

Seifenkisten-Rennstrecke ist bereit

In der Rennordnung für das Seifenkistenrennen wurde eine Änderung vorgenommen. Jeder Teilnehmer fährt zweimal nämlich innen und außen. Der Mittelwert der beiden Fahrten wird gewertet und danach scheidet die Hälfte aus. Auf diese Weise sind die Sieger am sichersten zu ermitteln. Die Bismarkstraße wurde in den letzten Tagen großenteils neu geteert, so daß eine möglichst gleichmäßige Rennstrecke vorhanden ist, deren Länge auf 275 Meter bemessen ist. Der Turn- und Sportverein wird bei der Durchführung der Kreismeisterschaften von Ordnen des Jugendrings Ettlingen unterstützt.

Vorsicht bei der Friedrichsbrücke

Schon lange ist die Friedrichsbrücke ein Gefahrenpunkt, weil Fahrbahn und Bürgersteige zu eng sind. Jetzt ist besondere Vorsicht geboten, weil die Kanalarbeiten in der Alstraße bis an die Friedrichsbrücke herangerückt sind. Es ist zu empfehlen, sich an dieser Stelle nach allen Seiten umzusehen, damit kein Unglück geschieht.

50 Jahre Bismarcksäule

Am 21. Juni sind 50 Jahre vergangen, seitdem oberhalb des Rebbergs die Bismarcksäule errichtet wurde. Das Gelände erwarb Forstmeister Rud. Widmann von vier Ettlinger Rebbergsbesitzern und aus Spenden der studentischen Verbindungen an der Technischen Hochschule wurde das Denkmal errichtet. Bei der Opposition gegen Kaiser Wilhelm II. war Bismarck der Inbegriff einer Politik des europäischen Ausgleichs. Die nationalen Feiern der Studenten an der Bismarcksäule mit Fackelzug und Ansprachen entfernten sich jedoch immer mehr von der Linie des Reichsgründers und so konnten diese Veranstaltungen in Ettlingen nie so richtig volkstümlich werden. Auch die Wiederbelebungsversuche nach dem 1. Weltkrieg blieben erfolglos und jahrelang blieb es still. Durch die Einladung der Naturfreunde an die anderen Ettlinger Vereine zur Teilnahme an der diesjährigen Sonnenwendfeier wird ein neues Kapitel dieser Denkmalgeschichte eingeleitet. Für unsere Zeit mahnt dieser Turm, die Fehler der Vergangenheit zu überwinden und mit dem Feuer der Begeisterung eine echte Gemeinschaft im eigenen Volk und zwischen den Völkern zu schaffen.

Jede Frau sollte sich fragen:

Was kann ich für die Gemeinde tun?

Gefahren für die Familie

In ihrem Vortrag „Familie, Schule, Gemeinde“ gab Frau Walter (Fellbach) einen ausgezeichneten Überblick der Aufgaben, deren Lösung allerorts von gemeinschaftsbewußten Frauen versucht wird. Die Familie soll nicht nur dem persönlichen Glück der Ehepartner dienen, sondern die Grundlage des Gemeinschaftslebens überhaupt sein. Durch die Zeitverhältnisse ist das Familienleben voller Spannungen und Schäden. Die gemeinschaftsbildenden Kräfte sind sehr geschwächt, weil die Familie nicht mehr wie früher eine handwerkliche Arbeitsgemeinschaft bildet. Durch die Berufspflichten werden die Familienmitglieder sehr oft voneinander entfremdet. Das Leben gerät in immer größere Abhängigkeit von der Technik, deren Erfindungen (Film, Radio usw.) nivellierend wirken.

Aufgaben der Frauen ist es daher überall, solchen Auflösungserscheinungen entgegenzuwirken. Dazu gehört z. B. ein freies Zutrittsrecht, damit die Ehepartner nicht mehr aus Berufsgründen getrennt leben müssen. Die Familie soll sich wieder als Teil der Gemeinde fühlen und deshalb kommt es darauf an, daß alle Mütter ihre Kinder zu guten Mithürgern erziehen und daß sie selbst ein Vorbild als gute Bürgerinnen geben. Die Mutter sollte deshalb auf Fragen der Kinder über öffentliche Angelegenheiten Antworten können. Die Eltern dürfen keine Autoritätsansprüche stellen, durch die das Vertrauen untergraben würde. Die Familie soll gewissermaßen das kleinste Parlament sein. Wichtig ist es, daß die Kinder ihre Mutter auch in der Gemeinde tätig sehen.

Aus anderen Ländern konnte Frau Walter berichten, daß sehr viel für den Schutz der bedrohten Familienkultur getan wird. In England gibt es Familienschulen, in Frankreich haben seit vielen Jahren die Familienausgleichskassen für besseres Einkommen der Familien mit Kindern gesorgt und vorbildliche Einrichtungen zur Förderung des Familienlebens auch der Arbeiterschaft geschaffen.

Die Eltern werden gehört

Für das Verhältnis von Elternhaus und Schule ist es entscheidend, daß der gemeinschaftsbewußte Mensch als Ziel der Erziehung angesehen wird. Seit einigen Jahren haben sich Elternbeiräte gebildet, aber ein Teil der Lehrer sei immer noch zu zurückhaltend. Andererseits besteht bei Eltern und Gemeinden auch noch viel Gleichgültigkeit gegenüber der Schule überwinden werden. Eine Hilfe seien überall die Heimatzeitungen, die Beispiele guter Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern bekanntmachen. Sehr erwünscht ist die „offene Schultür“, so daß die Eltern in den Unterricht kommen dürfen und sollen. Die Hauptsache ist die Zusammenarbeit für eine Schulkasse durch Müttermittage, Elternabende, Lehrersprechstunden, Besuche der Lehrer bei den Eltern. Viele Eltern eignen sich als Laienlehrkräfte (z. B. Obstbaumwart, Polizei usw.). Durch die Bildung von Orts- und Landeselternbeiräten ist erreicht worden, daß in allen Schulfragen die Eltern viel mehr als bisher gehört werden. Sehr nützlich sind auch die Eltern-Lehrer-Arbeitsgemeinschaften, die sich schon vielerorts gebildet haben.

Die Gemeinde sind wir alle

Aus den Aufgaben in Familie und Schule ergeben sich für die Frau auch sehr viele Möglichkeiten in der Gemeinde. Durch vernünftigen Wohnungsbau soll ein richtiges Heim entstehen, nicht nur eine Schlafstelle. Schutz gegen Verkehrsunfälle bieten am besten ausgedehnte Spielplätze, Volks- und Jugendbüchereien sind zur Verdrängung der schlechten Literatur notwendig. Solche und andere Einrichtungen können ihren Platz in einem Gemeindehaus finden.

Es ist nicht richtig, immer nur zu sagen: „Die Gemeinde soll's machen“, denn die Gemeinde sind wir alle und deshalb müsse jede Frau sich immer wieder fragen: Was kann ich für die Gemeinde tun? Auch durch Vereine kann viel Nützlichtes geschaffen werden, vor allem durch die überparteilichen und überkonfessionellen Frauengruppen und Frauerringe, die in Württemberg-Baden schon in 250 Orten bestehen.

Das Ziel aller öffentlichen Arbeit ist eine zufriedene Bürgerschaft. Der Frau kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn sie kann überall als ausgleichendes Element wirken.

Die Teilnehmerinnen diskutieren

Für die Diskussion wurden mehrere Gruppen gebildet, die zu den wichtigsten Fragen gemeinsame Antworten erarbeiteten. Zur Gesundheit der Familie wurde die Pflege der Toleranz und die Schaffung von Ruhe und Besinnung empfohlen. Die Frage, ob die Hausfrau und Mutter ohne Schaden für die Familie im öffentlichen Leben stehen kann, wurde unbedingt bejaht, weil dies nur eine Angelegenheit der geschickten Organisation des Haushalts ist.

Die gemeinsame Unterrichtung von Mädchen und Knaben (Koedukation) wird befürwortet, weil sie zum gegenseitigen Verständnis erzieht. Ebenso sprach man sich für die Gemeinschaftsschule und gegen die Konfessionsschule aus. Die Rechte, die von den Eltern in der Schule beansprucht werden, ergeben sich aus den Pflichten gegenüber ihren Kindern.

Durch Mitarbeit in der Gemeinde soll die von der Frau in der Familien gewonnenen Erfahrung für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Wichtig ist vor allem die Tätigkeit der Frau in den beratenden Ausschüssen, ebenso ihr Einfluß auf die Preisgestaltung durch größere Disziplin beim Einkauf und Ausnutzung der billigen Saisonpreise.

Diese und andere Ergebnisse der Gruppendiskussionen wurden dem Plenum der Frauentagung vorgetragen, so daß alle Teilnehmerinnen ein vollständiges Bild der durch den Vortrag von Frau Walter ausgelösten Gedanken erhielten.

Was uns die Heimatgeschichte lehrt

Bei einem von Frau Leppert angeregten Besuch im Ettlinger Schloß konnten die Teilnehmerinnen der Frauentagung einige unserer kulturellen Einrichtungen kennenlernen. Stärkter Eindruck machte wohl das Asamgemälde, das jetzt aus der Verschandelung des 19. Jahrhunderts dank dem Verständnis der Stadtverwaltung befreit wird. Die stark besuchte Jugendherberge wurde gelobt. Im Albgau-Museum erhielten die Teilnehmerinnen einen Einblick in die jugend- und volkerzieherische Bedeutung der Traditionspflege in jeder Gemeinde. Das nach europäischen Gesichtspunkten geordnete Museum zeigt das Ringen um die Selbstverwaltung der Bürgerschaft und gibt auch viele Beispiele für das Wirken vorbildlicher Frauen im Lauf der Geschichte, z. B. der wohlthätigen Markgräfin Sibylla († 1733) und der „über die Maßen klugen“ Äbtissin Margarethe Stülzner († 1625).

Raubmord oder tödlicher Unfall?

Ein sehr geheimnisvoller Leichenfund. Ettlingen (IdS). In der Nacht zum Mittwoch wurde auf der Straße zwischen Rastatt und Ettlingen die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes aufgefunden. Um den Kopf des Toten war ein Frottiertuch geschlungen und um die Hüfte ein Herrenhemd geknüpft worden, das vermutlich zum Tragen der Leiche gedient hatte. Der Tote wies mehrere Kopfverletzungen auf.

Die Brieftasche des Toten enthielt einen von der österreichischen Gesandtschaft in Brüssel ausgestellten Paß auf den Namen Oskar Gefner (Wien), 30 Jahre alt und mosaischen Glaubens. Inzwischen wurde festgestellt, daß Gefner Anfang 1950 seinen Heimatbehörden mitgeteilt hatte, er habe auf der Reise von Salzburg nach Wien seinen Paß, sowie Geburts- und Heimatschein, verloren. Der jetzt bei dem Toten gefundene Reisepaß trägt Visa-Eintragungen verschiedener westeuropäischer Länder, aus den Jahren 1950 und 1951. Da die Leiche keine Beschneidungsmerkmale trägt, wird vermutet, daß der Tote nicht mit dem ursprünglichen Paßinhaber identisch ist.

Die Obduktion der Leiche hat den Tod durch schwerste Knochenbrüche einschließlich aller Rippen, des Beckens und der Wirbelsäule, der Glieder und der Schädelbasis, sowie Zerreißen aller inneren Organe ergeben. Die Aktentasche des Toten enthielt die üblichen Papiere eines Handelsvertreters, lautend auf den Namen Meyer. Der Tod ist offenbar durch Überfahren mit einem schweren Kraftfahrzeug verursacht worden, jedoch nicht an der Fundstelle, sondern an einem anderen Ort. Ursprünglich hatte man Raubmord bzw. sogar politischen Mord angenommen.

Vereins-Nachrichten

TuS Ettlingen — Abt. Fußball

Heute abend um 20.30 Uhr Spielerversammlung im Vereinslokal. Da wichtige Dinge der Sportwoche besprochen werden, wird um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Die Sonnenwendfeier der Naturfreunde

beginnt heute abend bei einbrechender Dunkelheit. Die Bevölkerung ist hierzu herzlich eingeladen.

Arb.-Rad- und Kraftfahrband „Solidarität“

Samstag, 23. Juni, Sonnenwende im Naturfreundehaus Moosbronn. Es beteiligt sich die Jugend des III. Bezirks geschlossen. Abfahrt in Ettlingen ab Schloßhof um 18 Uhr. Der Weg geht durch die Kronen- und Pforzheimer Straße nach Moosbronn. Übernachtung im Naturfreundehaus, Rückfahrt Sonntagvormittag, Decke mitnehmen.

Kriegsgefangene und Lastenausgleich

Der Kreisverband ehem. Kriegsgefangener und Vermittlungsangehörigen Karlsruhe veranstaltet am Freitag, 22. Juni, im kleinen Stadthalleaal eine Kundgebung. Über das Thema: „Der ehem. Kriegsgefangene und das Lastenausgleichsgesetz“ sprechen die Bundestagsabgeordneten Otto Wacker und E. Leibfried. Alle ehem. Kriegsgefangenenheimkehrer, Vermittlungsangehörigen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Sportwoche des TuS. Ettlingen

vom 24. Juni bis 1. Juli 1951

Sonntag, 24. 6. 51	9.00—12.00 Uhr Wasen: Vereinsmeisterschaften, Leichtathletik — 3000 Mtr.-Lauf
	14.00 Uhr Bismarkstraße: Seifenkistenrennen 1951
Montag, 25. 6. 51	18.00—19.00 Uhr Wasen: Handball: Schüler-Vorspiel Fußball: FC Südsterne — FC Busenbach
Dienstag, 26. 6. 51	18.00—19.00 Uhr 19.00—20.30 Uhr Fußball: Jugend-Vorspiel Fußball: TSpV Spinnerlei — Reichenbach
Mittwoch, 27. 6. 51	18.00—19.00 Uhr 19.00—20.30 Uhr Handball: Langensteinbach I.—TuS Ettlingen II. Fußball: KFV I. — TuS Ettlingen I.
Donnerstag, 28. 6. 51	18.00—19.00 Uhr 19.00—20.30 Uhr Handball: Schüler-Vorspiel Fußball: FrTForchheim — SV Langensteinbach
Freitag, 29. 6. 51	18.00—19.00 Uhr 19.00—20.30 Uhr Handball: Jugend-Vorspiel Fußball-Turnier-Zwischenrunde
Samstag, 30. 6. 51	15.00—16.00 Uhr 16.00—17.30 Uhr 17.30—18.00 Uhr 18.00—19.30 Uhr Fußball: Jugend-Spiel Turnier-Endspiel im Fußball Massenfreilübungen aller Abteilungen Fußball - AH Mannschaften: KFV - TuS Ettlingen
Sonntag, 1. 7. 51	Bad: Badeinweihung des neuen Freischwimmbades auf der Jahnwiese 14.00 Uhr 6 Städtechwimmwettkampf: Brudersal-Gaggenau - Karlsruhe - Rastatt - Speyer - Ettlingen 17.00 Uhr Park: Parkfest mit Tanz unter Mitwirkung des Handharmonika-Spielrings Ettlingen.

Während den Wochentagen Wirtschaftsbetrieb auf dem Wasen. Der Turn- und Sportverein Ettlingen bittet alle Sportfreunde Ettlengers und Umgebung diese Veranstaltungen zu besuchen, bei denen jede Sportart, die im Verein betrieben wird, zu Worte kommen wird.



MEHR QUANTITÄT = MEHR QUALITÄT

Aus dem schönen Karlsbad wurde ein „armseliges Nest“

Wie es heute im Sudetenland aussieht

Schlagblüme, Bretterbühne, spanische Relter und Panzergraben riegeln heute die Grenzen zum ehemals deutschen Sudetenland ab. Das gesamte Grenzgebiet ist verwahrlost und unkultiviert, und das jetzige 5-10 km tiefe Niemandsland mit seinen einstmals blühenden Dörfern, wohlbestellten Aeckern und üppigen Fluren und Wäldern wirkt wie eine verlassene Einöde. Die wenigen durch günstige An siedlungsbedingungen angelockten oder zwangsweise angesiedelten tschechischen Bewohner fühlen sich hier nicht wohl, und viele von ihnen wandern nach kurzer Zeit in das tschechische Mutterland zurück. Sie haben Angst, Angst davor, daß eines Tages die Grenzen fallen könnten.

Besonders kraß tritt der Verfall in den Grenzdörfern in Erscheinung. Von dem tschechischen Ansiedlungsamt wurden mehr als 30 000 Häuser für den Abbruch bestimmt, weil sie angeblich baufällig sind oder in

deren mehr als 1500 gewesen waren. Wohl steht das Vaterhaus des Dichters noch, aber längst ist die Gedenktafel am Eingang verschwunden. Auch das bronzene Denkmal auf dem Gutwasserberg bei Oberplan wurde von den Tschechen zerstört.

Von Peterswalde, das heute verlassen da liegt, führt der Weg westlich durch eine fast ausgestorbene Gegend nach Böhmisch-Zinnwald. An einer Hauptverkehrsstraße von Prag nach Dresden gelegen und von vielen erholungsbedürftigen Gästen aufgesucht, erlebte Zinnwald einen außergewöhnlich schnellen wirtschaftlichen Auftrieb, und noch heute zeugen die verlassenen Gasthöfe und herrlich gelegenen Kammhäuser von dem einstmaligen regen Verkehr. In Zinnwald konnten wir keine Deutschen mehr antreffen. In den jahrhundertalten Schachthalden wird von tschechischen Zwangsarbeitern nach Uranerz gesucht.

In dem Gebirgsort Moldau bietet sich ein trauriges Bild. Verlassen stehen die Wohnhäuser mit leeren Fensterböhlen, herausgerissenen Haus- und Stalltüren. Die Fuß- und Fahrwege sind mit Unkraut übersät, und weit und breit ist kein Lebewesen zu sehen.

Noch krasser ist das Bild im Schweißnitztal. Eine Bretterwand scheidet Böhmisch-von Sächsisch-Grünthal und tote Industriebetriebe mit zerschlagenen Fenstern und zerbröckelnden Schornsteinen sind hier anzutreffen. Im großen Gegensatz zu diesem Bild der Verwüstung und Einöde herrscht in den ehemals sehr beliebten sudetendeutschen Bädern lebhaftes Treiben. Es sind keine Badegäste, die heute diese Kurorte besuchen und die großen Hotels belegen. Arbeiter und Bewachungstruppen haben hier Quartier bezogen.

Das Gesicht vieler bekannter Bade- und Kurorte hat sich grundlegend verändert. Aus dem eleganten Weithald Karlsbad, in dem es nun von Gehelpolizisten nur so wimmelt, ist eine schmutzige Provinzstadt geworden. Die Tschechen nennen es selbst „mizerne mesteko“ — ein armseliges Nest — und sagen damit die Wahrheit.

Vergebens hätten wir nach Kurgästen Umschau, Einstmals genossen jährlich durchschnittlich 60 000 Gäste, darunter viele Ausländer, Heilung und Erholung suchend, die Vorzüge dieses idyllischen Kurortes. Heute meidet selbst die tschechische Prominenz diesen Badeort, um sich nicht der Bespitzelung auszusetzen.

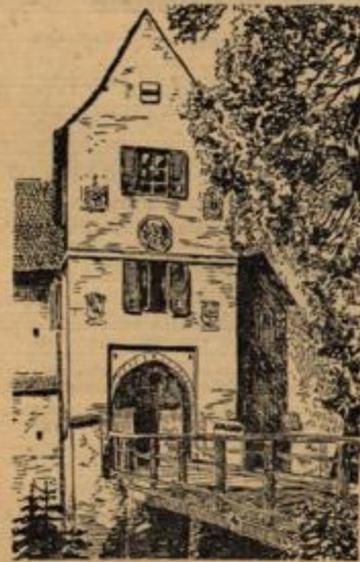
In dem ehemaligen Weikurhotel Pupp haben sich die russische NKWD und ein russischer Arbeitstab zur „Planung und Auswertung der tschechischen Uranvorkommen“

niedergelassen. Starke Posten verwehren den Zutritt zu dieser Zentrale, in der die Fäden eines weitverzweigten, mit allen modernen technischen Mitteln ausgestatteten Nachrichtendienstes einlaufen.

Mit dem Ausbau der Gruben in Joachimsthal und dem Auffinden weiterer Vorkommen im Schlagengwald, südwestlich von Karlsbad, ist zugleich das Schicksal dieses berühmten Heilquells schreitet unaufhörlich fort. Bei Marienbad sind kürzlich weitere Vorkommen entdeckt worden, sodaß auch das Ende dieses bekannten Badesortes herankückt. Sonst ist Marienbad bis heute noch die bestgepflegte Stadt des gesamten Sudetenlandes.

In dem ehemaligen Radiumbad St. Joachimsthal steht kein einziges Haus mehr. Der Ort und die Umgebung werden von russischen Truppenverbänden streng bewacht und sind zu einer sowjetischen Enklave geworden. Sämtliche Gruben unterstehen unmittelbar russischen Kommissionen. Im ehemaligen Palasthotel ist ein Stab russischer Atomforscher, Ingenieure und Techniker untergebracht. Der Chef des Institutes für Radiumforschung und Atomzertrümmerung, der russische Atomfachmann Prof. Wladimir Kuruzow, residiert im ehemaligen Hotel Adlon. Stacheldraht, mehrfache Sperrgürtel und Wachtürme mit MG-Posten sichern die Schachtsanlagen, und eine dreifache Kontrolle macht Unbefugten den Zutritt zu den Arbeitsstellen in den Uranbergwerken unmöglich.

Heute arbeiten in den 27 Bergwerken von Joachimsthal etwa 6000 deutsche Zwangsarbeiter zusammen mit 10 000 tschechischen und slowakischen Arbeitskräften. Da die Ernährungs- und Arbeitsbedingungen äußerst ungünstig sind, fallen viele von ihnen schon nach kurzer Zeit aus, so daß laufend neue Zwangseinweisungen erfolgen. Joachimsthal ist für viele Tschechen und Slowaken zum Schreckensort geworden und bedeutet sicheren Tod durch langsames Siechtum.



DAS TORHAUS VON BURG SEEBERG
Burg Seeburg bei Franzensbad, die sich seit dem Jahre 1703 im Besitze der Stadt Eger befindet, liegt malerisch auf einer Höhe über dem wildschäumenden Seebach. Heute schaut sie noch ebenso trutzig und stolz ins Land wie zu jenen Zeiten, als hier die Schlicks, die Brandt, die Steinheim und die Nostitz hausten. An dem Torbau der Innenburg, den unsere Zeichnung zeigt, und am äußeren Burgtor erinnern zerbröckelnde Wappen an frühere glanzvolle Tage. (Zeichnung: Walter Kracht).

Denken Sie noch daran ...
daß der Flächenumfang der deutschen Gebiete jenseits der sogenannten Oder-Neiße-Linie 113 990,11 Quadratkilometer, das sind 24,2 Prozent des gesamten Reichsgebietes, betrug?
daß in der 1941 verkündeten Atlantik-Charta im Artikel 2 festgesetzt wird, daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit den frei zu dem Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen?
daß außer den jetzt von Polen und Sowjetrußland beanspruchten Gebieten jenseits der sogenannten Oder-Neiße-Linie bereits im Friedensvertrag von Versailles nach dem ersten Weltkriegs deutsches Gebiet mit einem Flächenumfang von 51 037,15 Quadratkilometern abgetreten werden mußte?
daß auf Grund des von Präsident Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker bei einer 1920 im Bezirk Allenstein vorgenommenen Volksabstimmung sich 97,8 Prozent der Bevölkerung für Deutschland entschied und damit ein überwältigendes Bekenntnis zum Deutschen in Ostpreußen ablegte?

„unterbesiedelten Gebieten“ stehen. So konnten wir in Albrechtstorf nahe der Industriestadt Gabelnz 165 leerstehende Gebäude zählen.

Die Heimatgemeinde des Böhmerwaldlichters Adalbert Stifter, Oberplan, zählt heute nur noch 400 Einwohner, nachdem es 1945

Wie das ostpreußische Gold gewonnen wurde

Das einzige Bernstein-Bergwerk der Erde bei Palmnicken

Eine Laune der Natur hat es gefügt, daß die ostpreußische Samlandküste das einzige Gebiet der Erde wurde, in dem Bernstein in größeren Mengen vorkommt. Schon in den ältesten Zeiten wurde dieses kostbare Harz seewärts über Jütland oder landwärts über die Flußstraßen Memel-Dnjepr-Schwarzes Meer und Weichsel-Donau in die Welt der griechisch-römischen Mittelmeerkultur gebracht. Auf welche Weise der Bernstein damals gewonnen wurde, wissen wir nicht, vermutlich aber nicht anders als später.

Jahrhundertlang hat sich die Art der Bernsteinergewinnung wenig geändert. Wenn nach starken Stürmen der Seegang den ganzen Strand bedeckte, zogen die Bewohner der Küstendörfer geschlossen zum Bernsteinsammeln aus. Die Männer wälten mit ihren bis zum Bauch reichenden Oestliefeln so weit ins Wasser, wie es die Brandung gestattete, und schöpften mit kescherartigen Handnetzen den Seegang, der in großen Massen im Wasser schwamm und mit seinem zähen Geflecht die

Bernsteinstücke umklammert hielt. Auf dem Strand leerten sie die Netze aus, und den Bernstein aus dem geschöpften und dem durch die Wellen ausgeworfenen Tang auszulesen, war dann die Arbeit der Frauen und Kinder.

Bei Brüsterort an der Spitze des Samlandes wurde der Meeresgrund mit scharfrandigen Netzen nach Bernstein abgefischt, und Ende des vorigen Jahrhu. derts holte man auch aus dem Grunde des Kurischen Haffs viel Bernstein durch Baggererl und Taucher.

Schon seit dem Mittelalter wurde der Bernstein aber auch gegraben. Die Küstenbewohner boben am Strandrand des Ufers kleine offene Gruben aus, bis sie auf die bernsteinhaltige Schicht stießen. Der große ostpreußische Gelehrte Ferdinand Gregorovius hat uns vor hundert Jahren anschaulich den Betrieb solcher Bernsteingruben bei dem Dörfchen Sassau geschildert.

Später wurde diese Art der Gewinnung aufgegeben, weil bei der primitiven Technik des Betriebes Unglücksfälle nicht ausblieben, und ein richtiger Bergbau bei Palmnicken aufgenommen, wo die blaue Erde, in die der Bernstein eingebettet ist, in größerer Ausdehnung und Mächtigkeit vorkommt.

Die Oderschiffer und ihr Strom

Geruhsam glitt der Kahn dahin

Heringen mancher Schabernack gespießt wurde.

Da nur wenig Schiffer ihre Frauen mitnahmen, wurden sie wahre Meister der Kochkunst, und in den behaglichen Kajüten duftete es oft ganz verführerisch.

Schiffer war ein Beruf, der eine Lehrzeit voraussetzte. Der Schulentlassene fuhr ein paar Jahre als „Junge“. Dann wurde er „Bootsmann“. Nach einer Prüfung konnte er „Steuermann“ werden, und mancher stieg bis zum „Schiffsführer“ oder „Käptn“ auf.

Wer über Eigenkapital verfügte, erwarb selbst einen Kahn und wurde „Schiffeigner“. Aber solch ein Kahn hatte den Wert eines mittleren Bauernhofes und blieb vielen unerschwinglich. Diese arbeiteten bei den großen Schiffsahrtsgesellschaften (Cäsar, Wolfheim, Emanuel Friedländer und einzelne Dampfergenossenschaften), die Krisenzeiten — ich erinnere an den Dürreommer von 1911! — leichter aushalten konnten.

Stromab wurde in den offenen Kähnen meist Kohle befördert. Als Rückfracht wurden — meist von Stettin aus — Erze zur Verhüttung nach O/S gebracht. Die Deckkähne trugen auch viele andere Waren und kamen oft bis Hamburg und Berlin. Diese Fahrten gaben dem Oderschiffer eine gewisse Ueberlegenheit gegenüber der an der Scholle haftenden landwirtschaftlichen Bevölkerung. Sie wurden aufgeschlossener, weitsichtiger und leichter zugänglich für neue Gedanken. Da sie aber im Heimatdorf meist Grundbesitz hatten, ihr Haus war oft durch einen hochragenden Mast mit flatterndem Wimpel gekennzeichnet) blieben sie doch der Heimat verhaftet und verloren nicht den Boden unter den Füßen.

Kam ein strenger Winter, der die Kähne einfrieren ließ, dann hatten die Schiffer Ferien. Mit dem prallen Kleidersack auf dem Buckel kamen sie dann an. Nun wurde das versäumte Familienleben nachgeholt und fröhliche Schifferfastnacht gefeiert. In allerhand tollen Verkleidungen zogen sie von Haus zu Haus zum „Speckfechten“. Ja, auf Speck und Eier war es zumeist abgesehen. Der gesammelte Speck wurde dann im Wirtshaus zusammen mit enträteten Salzheringen durch den Fleischwolf gejagt. Das gab ein erstklassiges „Heringshückerle“ und bildete zusammen mit speckglänzendem Rührer die Grundlage für allerhand „Flüssigkeiten“.

Wenn das Eis brach, dann schnürte jeder sein Bündel, um sich von der feißigen Oder wieder dahintragen zu lassen — stromab und stromauf. Aber ganz umsonst tat das die Oder doch nicht: Sie hat manchen hinabgezogen in ein feuchtes Grab. Denn sie konnte doch auch recht gefährlich sein, unsere liebe Oder.

Zunächst wurde der Bernstein unter Tage abgebaut. Natürlich war das Bergwerk an Größe und technischer Ausstattung nicht mit einer Kohlenzeche zu vergleichen, aber dafür war es auch das einzige Bernsteinbergwerk der Erde und wohl auch das einzige, bei dem die Bergleute, mit Oelzeug und Schifferhut bekleidet, in den Schacht hinabstiegen, denn die Stollen reichten bis unter den Meeresgrund hinunter und waren sehr feucht.

Später ging der preußische Staat zum Tagebau über, wobei die Decke mit Baggern entfernt und die blaue Erde abgehoben und in Loren verladen wurde.

Außerlich sah das Palmnickter Bergwerk nicht viel anders aus als eine Braunkohlengrube. Einzigartig war aber die Art und Weise, in der der Bernstein von der Erde getrennt wurde. Was beim Eisenerz die Glut des Hochofes tut, das machte hier das Wasser.

Die blaue Erde wurde im Wasser aufgelöst und diese „Trübe“ über ein System von immer schmäler werdenden offenen Kanälen unter starkem Gefälle durch verschiedene, zunächst grobmaschige, dann immer feinmaschigere Gitter geschwemmt, vor denen die Bernsteinstücke liegen blieben. Wer einmal gesehen hat, wie die goldbraunen, faustgroßen Klumpen sich im Wasserstrudel von der Erde lösten und vor dem Gitter sammelten, wird diesen Anblick nicht vergessen.

Der Roh Bernstein kam dann zur Sortierung und weiteren Verarbeitung in die Manufaktur nach Königsberg. In rotierenden Trommeln wurde die braungraue Verwitterungskruste entfernt, dann die Stücke nach Größe, Form und Farbe sortiert und nach feinen Sägen und Feilen zugeschnitten oder auf Drehbänken poliert und geglättet.

Die Russen betreiben die Bernsteinergewinnung weiter mit Hochdruck als „Källingrader Bernsteinkombinat“. Sie verarbeiten den Bernstein hauptsächlich wohl, ihrem sozialen System entsprechend, nicht zu Schmuck, sondern zu technischen und chemischen Zwecken.

Die Königsberger Manufaktur hat vor dem Kriegsende bedeutende Vorräte nach Westdeutschland bringen können und die Verarbeitung in Hamburg aufgenommen. Hoffen wir, daß wir, ehe diese Vorräte verbraucht sind, das ostpreußische Gold wieder selbst und auf eigenem Boden werden fördern können.

Dr. Gause

Das Herzogsschloß zu Rügenwalde

Eine Stätte der Forschung und Belehrung

Weithin bekannt über Pommerns Grenzen ist das Herzogsschloß zu Rügenwalde als Residenz der ehemaligen pommerschen Herzöge und durch sein Kreisheimatmuseum. Es liegt auf einer Insel an der Wipper im Südosten der Stadt. 14 pommersche Herzöge und vier Herzoginwitwen residierten hier, darunter Erich I., der zugleich Herzog von Pommern und Unionskönig von Dänemark, Schweden und Norwegen war. Hier hat er seine Jugend und auch seinen Lebensabend von 1449-1459 verlebt und sagenhafte Schätze hinterlassen.

Das Schloß war auch Sitz der Verwaltung des größten pommerschen Amtes, das 32 Dörfer, 14 Domänen, 12 Mühlen, über 30 000 Morgen Wald und 3 Strandseen umfaßte. 1654 fiel das Amt mit dem Schloß an Kurbrandenburg.

1833 wollte man das Schloß abreißen und hatte schon einen Flügel niedergelegt, als Friedrich Wilhelm IV., damals Statthalter in Pommern, Einhalt gebot. Es wurde nun Hauptzollamt und Gerichtsgefängnis. 1930 erwarb der Kreis Schlawe, um das 1917 von mir gegründete Kreisheimatmuseum aufzunehmen.

Es umfaßte vor dem Einfall der Russen 1945 auf 1 500 qm Bodenfläche 25 Räume, darunter 3 große Säle.

Die wichtigste Abteilung war die vor- und frühgeschichtliche, die hier zur Schau gestellten Bodenfunde lieferten den unwiderlegbaren Beweis, daß Pommern uralter germanischer Boden ist.

Das Schloß erlebte eine kurze Glanzzeit, es war eine Stätte der Forschung und Belehrung geworden, die jährlich 5-6000 Besucher zählte.

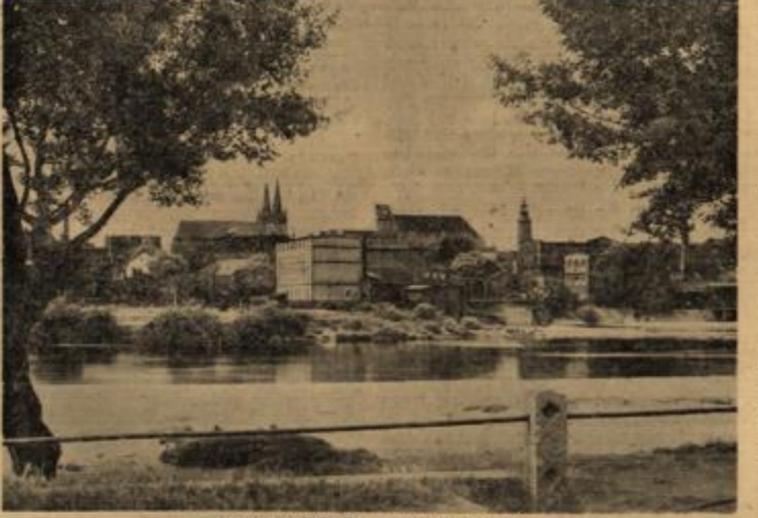
Gelehrte Gesellschaften und Arbeitsgemeinschaften tagten hier.

Von den Russen wurde es geplündert, Unform- und Waffensammlung, Münzen und Schmucksachen gingen verloren, aber sonst blieb es ziemlich in seinen Beständen erhalten. Von 1945 bis zu meiner Austreibung 1947 mußte ich es neu einrichten.

Paul Keller hat die Oder einmal das Bauernweib unter den deutschen Strömen genannt. Und er meint das nicht abfällig, sondern mit allem Respekt, den man vor einer schlichten, fleißigen Bauernfrau hat.

Ja, Schlichtheit und Fleiß kennzeichnen unsere Oder. Und trotz aller stillen Schönheiten, die sie aufzuweisen hat, ist in ihrer Gesamtschau immer das hohe Lied der Arbeit vorherrschend.

In dieser Arbeit spielte das Volk der Oderschiffer die Hauptrolle. Ihre Tracht — an der man sie leicht herauskannte — hatte eine gewisse seemännische Note. Geruhsam waren ihre Bewegungen und bedächtig ihre Sprechweise. Kein Wunder! Die Fahrt auf der Oder kannte kein Eilzugtempo. Ruhig glitt der Kahn stromab. Selten war eine Steuerbewegung notwendig. Da konnte man sich also an Deck sonnen, oder die Quetschkommode spielen oder angein — letzteres sehr zum Aerger der Strompolizei, der dabei mit angebundenen



BLICK UEBER DIE ODER BEI BRIEG
Den Oderschiffer grüßen einst als trautes Bild der niederschlesischen Heimat vom linken Stromufer aus die Türme der alten deutschen Stadt Brieg und die grauen Mauern des Pfaltenschlosses. Seit 1945 steht Brieg unter polnischer Verwaltung. (Aufn.: Silesia-Archiv)

Du leuchtendes Gold ostpreußischer Erde,
Du Heimatzeichen voll Sonnenglut,
Uraltes Symbol von „Stif und Werder“
Bernstein, des Samlandes kostbarstes Gut...
Wo ich dich auch schau: Ich denke zurück,
Fernhin zur Heimat gehst suchend der Blick.

Umschau in Karlsruhe

Neuer CDU-Kreisvorsitzender in Karlsruhe
Karlsruhe (Iwb). Zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes der CDU Karlsruhe-Stadt wurde Rechtsanwalt Dr. Otto Figle...

50% aller Scheidungen sind Kriegsehen
Karlsruhe (Iwb). Bundesrichter Dr. Haldinger, ein früherer Scheidungsrichter in Hamburg, wies in einem Vortrag auf das wachsende Ansehen der Ehescheidungen in den Nachkriegsjahren hin...

Aus der badischen Heimat

Freiwilliges neuntes und zehntes Schuljahr
Mannheim (Iwb). Der Mannheimer Stadtrat hat der versuchsweisen Einführung eines freiwilligen neunten und ab 1952 eines zehnten Schuljahres für die Sprachklassen der Volksschulen zugestimmt...

Gefängnisaufseher hinter Gittern
Mannheim (Iwb). Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat jetzt das schon lange schwelende Gerücht bestätigt, wonach im Landesgefängnis nicht alles in Ordnung ist...

Programm für die Förderbezirke
Tauberbischofsheim (Iwb). Der zum Referenten für die Förderbezirke bei der inneren Verwaltung des Landesbezirkspräsidiums in Karlsruhe bestellte Tauberbischofsheimer Landrat Schwan gab auf einer Tagung der Landräte der Kreise Buchen, Tauberbischofsheim, Mosbach, Sinsheim und Heidelberg ein Neun-Punkte-Programm über die beabsichtigten Maßnahmen in den Förderbezirken bekannt...

Staatshaushalt-Gesetz verlängert

Bonn soll sich für Einstellung der Werbung für Fremdenlegionäre einsetzen

Stuttgart (Iwb). Der württemberg-badische Landtag verlängerte das Gesetz zur vorläufigen Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1951, das am 30. Juni abgelaufen wäre, bis zum 31. August dieses Jahres.

Das Gesetz ermächtigt die Regierung, die notwendigen laufenden Ausgaben solange zu bestreiten, bis der neue Staatshaushaltplan vom Landtag angenommen ist. Finanzminister Dr. Frank sagte hierzu, die Regierung hoffe, daß der neue Etat in den ersten Augusttagen verabschiedet werden könne.

Zur weiteren Förderung von Notstandsarbeiten bewilligte das Haus im Vorgriff auf den neuen Etat 1,2 Mill. DM für den Landesbezirk Württemberg und 1,5 Mill. DM für den Landesbezirk Baden. Das Finanzministerium hatte um diese Vorwegbewilligung gebeten, da die nach der vorläufigen Regelung des Staatshaushalts für die Förderung von Notstandsarbeiten im April bis Juni verfügbaren Mittel von 700 000 DM für Nordwürttemberg und 900 000 DM für Nordbaden nicht ausreichen.

Dr. Mattes (DG-BHE) teilte mit, daß sich die Regierungsparteien im ersten Landtag (SPD, DVP und CDU) kurz nach der Währungsreform ein Darlehen von zusammen 30 000 DM genehmigt hätten, das fünf Tage vor der Neuwahl des Landtags durch Landtagsbeschluss in eine außerplanmäßige Ausgabe des Staates umgewandelt worden sei.

In zweiter und dritter Lesung verabschiedete der Landtag ein Gesetz, nach dem der bisherige Höchstbetrag für die Unterhaltsbeihilfe an Angehörige von kriegsgefangenen Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes von 300 DM auf 350 DM monatlich erhöht wird, sofern der Kriegsgefangene im Laufe des vorhergehenden Jahres ein Lebenszeichen von sich gegeben hat.

Täglich 100 Fremdenlegionäre
Einstimmig nahm der Landtag einen von SPD-Abgeordneten eingebrachten Antrag an, die Landesregierung solle bei der Bundesregierung erreichen, daß die Anwerbung deutscher Staatsbürger für die Fremdenlegionen auswärtiger Mächte eingestellt wird.

Antrag wurde die Landesregierung beauftragt, im Hinblick auf die weitgehende Erschöpfung der Kohlenvorräte in Württemberg-Baden beim Bundeswirtschaftsministerium zu veranlassen, daß eine ausreichende Kohlenversorgung bzw. -bevorratung für Industrie, Ver-

sorgungsbetriebe, Kleingewerbe und Haushalt sichergestellt wird.

Interpellation für Neurath
Bei fünf Stimmenthaltungen der SPD nahm der Landtag einen DVP-Antrag an, worin die Landesregierung gebeten wird, ihren Einfluß für die baldige Freilassung des früheren Reichsaußenministers Konstantin von Neurath geltend zu machen.

Teuerungszulage für Volontäre
Der württemberg-badische Landtag beschloß, den Volontärassistenten und den Volontärassistentinnen mit Pflichtassistentenvergütung mit Wirkung vom 1. April an eine monatliche Teuerungszulage von 20 DM zu gewähren.

Immunität aufgehoben
Der Landtag beschloß ferner, die Immunität des CDU-Abgeordneten Berberich (Tauberbischofsheim) aufzuheben, weil die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen ihn ein Untersuchungsverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung und Übertretung von Verkehrsverordnungen einleiten will.

Wimpfens Schicksal entschieden?
Besprechungen wegen der Übernahme
Stuttgart (Iwb). Vertreter des württemberg-badischen Innenministeriums und der Landesbezirksverwaltung Nordbaden führten mit den Landräten von Heilbronn und Sinsheim Vorbesprechungen über die technischen Voraussetzungen zur Überleitung der Stadt Bad Wimpfen in die Verwaltung des Kreises Heilbronn.

Wie ein Sprecher des Innenministeriums mitteilte, hat sich die hessische Staatsregierung bisher noch nicht zu der Übernahme Bad Wimpfens durch Württemberg-Baden geäußert.

(Schülerweiterung usw.), 8. Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und 9. Verlegung der Entscheidungsbefugnis über Verwendung der Hilfsmittel auf die Kreisbene.

Wirtschafts-Nachrichten

Neuer Milchpreis: 40 Pfennige

Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher haben sich bei einer Besprechung im württemberg-badischen Wirtschaftsministerium über den neuen Milchpreis geeinigt.

Die Badische Bank in Karlsruhe teilte mit, daß die Tiefkühlkonservenfabrik Bronner und Heuß Nachfolger (TIKO) in Wiesloch keinen staatsverbürgten Kredit von 7 Millionen DM erhalten habe.

Ausstellung „Farben für alle“
In den Ausstellungshallen auf dem Stuttgarter Höhenpark Killesberg wurde die Ausstellung „Farben für alle“, die bis zum 23. Juni in Verbindung mit der Jahrestagung des Malerhandwerks gezeigt wird, vom Präsidenten des Hauptverbandes des deutschen Malerhandwerks, Walter Wisner, feierlich eröffnet.

Spartigkeit nimmt zu
Es wird wieder mehr gespart! Das zeigt die Entwicklung der Sparleistungen der 34 nordbadischen öffentlichen Sparkassen in der letzten Zeit.

Milcherzeuger fordern kleinere Händlerspanne
Auf der Generalversammlung der Milcherzeuger-Genossenschaft Mannheim GmbH wurde in einer Entscheidung gefordert, daß man mit der Erhöhung des Fettgehalts der Trinkmilch auch eine echte Erhöhung des Verbraucherpreises verorne.

Malerhandwerk und BDA tagen in Stuttgart
Auf dem Gelände des Stuttgarter Höhenparks Killesberg beginnt am 20. Juni die Jahrestagung des Hauptverbandes des deutschen Malerhandwerks, bei der Vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenkommen werden.

Das Lied vom Glück

(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden) 17. Fortsetzung Nachdruck verboten.

So taumelte Ernst Goellners dumme, vertrauensvolle Jugend dem Schicksal in die Arme... Erna wurde seine Frau.

Nein, er konnte es Lili nicht erzählen — Lili, die da so sauber neben ihm herschritt — Lili, die da so ernsthaft behauptete, sie wäre wirklich schon vierzig. Er rechnete nach und mußte zugeben, daß es zahlenmäßig wohl stimmen mochte, daß aber der liebe Gott bei ihr mindestens zehn Jahre ausgelöscht hatte aus ihrem Leben.

Und doch, als sie einmal nebeneinander auf der Düne saßen und Friedel mit zwei kleinen Gefährtinnen eine Sandburg baute, da packte sie sein Herz, daß er beinahe keinen Ausweg mehr fand.

Ja, es stand schlimm um den Jugendfreund, noch schlimmer, als Lili gedacht.

„Für mich gibt es keine Chance mehr, Frau Lili — mein Weg ist verbaut, versperrt —, und wenn ich hinaus will, dann pack ich Eisenstangen und rüttle ohnmächtig daran...“

„So schlimm ist es?“

„Ach nein“, antwortete Ernst Goellner langsam und ließ den warmen Sand durch die Finger gleiten. „Es ist nicht schlimmer als... in anderen Ehen...! Wir passen nicht zusammen, das ist das ganze Geheimnis. Ich will hinauf... und sie... zerrt hinunter. Ich suche das Schöne, Edle, sagen wir: den Geist an den Dingen, und sie... will die Dinge selber Essen, Trinken, Kleiden, Klatsch, Wohlleben...! Was weiß sie von der Not der Zeit? Gewiß, sie spricht täglich davon, es sind nur Worte auf ihren Lippen, keine Worte aus dem Herzen. Sie selber ist sich Mittelpunkt, Selbstzweck. Bringe ich Geld, ist ihre Laune gut. Und soll sie rechnen, sparen... ach, lassen wir doch das! Was soll ich alles schildern? Ihnen genügen doch ein paar Andeutungen, Frau Lili!“

„Lili Rheydt sah ihm gerade in die Augen. „Ja, sagte sie einfach. Und dann, nach einer Pause: „Aber das Kind?“

Er stützte den Kopf in die Linke. „Das Kind.“

Er schwieg lange, lange, und sie hütete sich, ihn zu stören. Sie fühlte den Kampf, der in seinem Innern tobte.

„Das ist es ja, was mir das Herz zerreißt!“ brach es dann aus ihm heraus, als wollte er das Schicksal anklagen. „Ich wollte diese Ehe ja schon tragen. Ich habe sie ja geschlossen. Ich habe sie ja gewollt! Ich habe mich ja blenden lassen... Aber das Kind, das arme blinde Kind!“

Er stöhnte. „Was hat das Friedelchen schon für Worte, für Gezänk, für Häßlichkeiten hören müssen. Blind ist sie — aber nicht taub! Das sage ich der Mutter immer wieder!“

Wohnungssoa in Verbindung mit der Industrialisierung, 6. Förderung der Landwirtschaft, 7. Ausgleichsmaßnahmen zwischen Bevölkerungszuwachs und Bevölkerungsstand

Wort gegeben! Ihr habe ich's gegeben — und Gott habe ich's gegeben! — Und ich habe mit ihr gerungen, im Guten und im Bösen. Habe sie ermahnt, habe sie bedroht, habe sie liebevoll gebeten, habe gewettert und gefucht... es hat alles nichts genützt. Eine Frau mit kranker Seele... anders kann ich's nicht nennen.“

„Aber das Kind!“

„Das Kind... es war dabei, wenn sie mich beschimpfte! War dabei, wenn sie in jähem Aufwallen um Kleinigkeiten Messer und Porzellan oder einen Stuhl nach mir schleuderte. Sie riß es aus dem Schlaf und schüttelte es, als es schwer krank im Fieber lag... nur, weil es mein Kind war! Und sie schmähete es, weil es blind und hilflos war und sie nicht mit ihm prunken konnte... Ja, ja... ein Klotz am Bein. Sie haben es ja gehört!“

„Aber auch sie ist eine Mutter“, sagte Frau Lili erschüttert.

„Was war da noch zu retten? Hier konnte wohl niemand mehr helfen. Eine Frau, ob mit oder ohne Schuld; aber eine Frau mit vergifteter Seele.“

Aber dann bäumte sie sich auf. Mochte es auch selbst verschuldetes Schicksal sein — kein Schicksal ist so schlimm, daß man es nicht wenden oder mildern könnte!

„Und das soll immer so bleiben, Ernst Goellner? Was muten Sie dem armen Kinde zu, — daß diese Frau, daß diese Ehe des Kindes Seele vergiftet? — Das wäre Mord!“

„Die Ehe ist heilig“, sagte er — ihr vorbei.

„Die Ehe ist heilig“, sagte Frau Lili schwer. „Aber das ist keine Ehe.“

Wortlos hob der Mann den Kopf und sah auf die Schaumkronen weit draußen.

Ursus
Till huschte wie eine Elfe durch den Wandelgang, weiß in weiß und sehr beunruhigt.

Denn daß sie, wider Willen, die Marchesa bei Tisch bloßgestellt hatte, war ihr inzwischen klar geworden. Der Sekt!... Wenn der Sekt nicht gewesen wäre... das teure Glas Sekt in der Bar!

Plötzlich stand ihr Remigy, fertig zum Landbesuch gegenüber.

„In zehn Minuten holt uns der Tender — wollen Sie mit auf den Vesuv?“ fragte Remigy.

Ihr Blick folgte dem seinen über das bezaubernde Hafenufer von Neapel.

„Mit? — Wer ist denn sonst noch von der Partie?“

Nebenher und rech tkühl fragte sie, denn sie fühlte, daß seine Gedanken nicht ganz bei ihr waren.

„Die Marchesa —“

„Oh, es tut mir leid! — Mir fällt gerade ein, daß ich mich schon vorhin anderweitig verabredet habe!“

Er sah sie aufmerksam an.

„Sie sind verstimmt, Fräulein Rheydt?“ Sie lachte über das ganze Gesicht.

„Aber nicht im geringsten — wie kommen Sie nur auf den Einfall? Ja, es tut mir wirklich leid; ich hätte mich sehr gefreut, diesen Ausflug mit Ihnen zu machen...“

Nachher, allein und im frischen Wind ein wenig frierend an der Relling... als die Marchesa neben Remigy dem Land zustrebte, wünschte sie von Herzen ein Bündnis mit dem Vesuv... nur ihm, Remigy, durfte nichts geschehen... sonst mochte er grollen und toben und Feuer speien... Fortsetzung folgt